

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 20.02.2018 zu dem Artikel „No-GroKo-Kampagne: Jusos dementieren Hilfe aus Russland“ vom 16.02.2018 auf tagesschau.de

In einer Programmbeschwerde vom 20.02.2018 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam den Artikel „No-GroKo-Kampagne: Jusos dementieren Hilfe aus Russland“ veröffentlicht am 16.02.2018 auf tagesschau.de. ARD-aktuell habe sich hier nur auf eine einzige Quelle, „und zwar ausgerechnet auf die BILD Zeitung“ gestützt. In dem Artikel würden zudem mit „Schein-Objektivität und Schein-Distanziertheit“ die Ziele von Juso-Chef Kühnert diskreditiert. Die „Tagesschau“ beteilige sich an „politischem Kampagnenjournalismus“, so der Vorwurf der Petenten.



Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung:

In dem kritisierten Artikel geht es um eine Veröffentlichung der „Bild“-Zeitung, in der von angeblichen E-Mails berichtet wird, die dem Blatt zugespielt worden seien. Demnach sei den Jusos Hilfe aus Russland bei der Kampagne gegen die Neuaufgabe der großen Koalition angeboten worden. Die Beschwerdeführer haben recht, der kritisierte Bericht bezieht sich im Wesentlichen auf zwei Einzelquellen. Eine Quelle ist die Aussage der Jusos, in der sie eine angebliche Hilfe aus Russland für ihre Kampagne zurückweisen. Die zweite Quelle ist der dazugehörige Bericht der „Bild“-Zeitung.

Kern des Artikels auf tagesschau.de ist aber nicht die Wiedergabe der vagen Vorwürfe gegen die Jusos oder gegen deren Vorsitzenden Kühnert. Im Mittelpunkt steht das Dementi. Dies wird bereits mit der Überschrift deutlich gemacht. ARD-aktuell hat sich mit der Berichterstattung der „Bild“-Zeitung oder den erhobenen Vorwürfen gegen die Jusos und ihren Vorsitzenden Kühnert in keiner Weise gemein gemacht. Die Redaktion hat den Kern des „Bild“-Artikels lediglich zusammengefasst, um den Sachverhalt darzustellen. Der Text beginnt mit den Worten: „Die Jusos wehren sich gegen Vorwürfe, ihr Vorsitzender Kevin Kühnert habe russische Hilfe für eine Social-Media Kampagne gegen eine neue Große Koalition angenommen“. Weiter wird erwähnt, dass die Jusos prüfen, ob sie Anzeige erstatten. Zudem werden die Jusos zitiert, dass es unmöglich sei, mit dem Account, von dem die E-Mails stammen sollen, überhaupt E-Mails zu verschicken.

Im weiteren Verlauf des Artikels geht es um die Vorwürfe. So heißt es schon in der Zwischenüberschrift: „Echtheit der E-Mails unbelegt“. Der Bericht der „Bild“-Zeitung und die damit transportierten Vorwürfe gegen die Jusos werden hier in drei Sätzen zusammengefasst. ARD-aktuell daraus ein Interesse vorzuwerfen, die Gegner einer Neuaufgabe der großen Koalition abwerten zu wollen, entbehrt unserer Ansicht nach jeder Grundlage. Auch eine „Schein-Distanziertheit“ oder „Schein-Objektivität“ können wir nicht erkennen.

Die Programmbeschwerde ist nach unserer Auffassung als unberechtigt zurückzuweisen

Hamburg, 21.03.2018

Dr. Kai Gniffke  
Chefredakteur ARD-aktuell